



Herr Stadtverordnetenvorsteher  
Harald Althaus  
Marktplatz 1  
35083 Wetter

zeitgleich an alle Fraktionen

15.05.2026

Antrag für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16.06.2026

**Änderungsantrag zur Hauptsatzung der Stadt Wetter (Hessen): Umbenennung des Ausschusses für Bau und Umwelt in „Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur und Naturschutz“ und Zuordnung des Themenbereichs Fremdenverkehr**

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

die Wetter SPD-Fraktion beantragt, den folgenden Änderungsantrag auf die Tagesordnung der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16.06.2026 zu nehmen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der bisherige „Ausschuss für Bau und Umwelt“ (BAU) wird in „Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur und Naturschutz“ (WIN) umbenannt.
2. Der bisherige „Ausschuss für Jugend, Sport, Kultur, Soziales und Fremdenverkehr“ wird in „Ausschuss für Jugend, Sport, Kultur und Soziales“ umbenannt.
3. Der Themenbereich Fremdenverkehr wird künftig dem Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur und Naturschutz zugeordnet.
4. Die Hauptsatzung der Stadt Wetter (Hessen) ist entsprechend zu ändern. Die Verwaltung wird gebeten, die hierfür erforderliche Änderungssatzung vorzubereiten und alle betroffenen Zuständigkeitsübersichten, Beratungsabläufe und Vorlagenzuordnungen entsprechend anzupassen.

## Begründung:

Nach der Kommunalwahl werden die Ausschussstrukturen der Stadt Wetter (Hessen) organisatorisch und inhaltlich neu justiert. Diese Neuaufstellung sollte genutzt werden, um die Bezeichnungen der Ausschüsse stärker an den tatsächlichen Beratungsschwerpunkten und Zuständigkeiten auszurichten.

Die bisherige Bezeichnung „Ausschuss für Bau und Umwelt“ greift aus Sicht der Wetter SPD-Fraktion zu kurz. Viele Entscheidungen, die dort beraten werden, sind nicht nur Bau- oder Umweltfragen. Sie berühren regelmäßig wirtschaftliche Entwicklung, Standortfragen, Infrastruktur, Flächenverfügbarkeit, Verkehrswege, öffentliche Einrichtungen, Klimaanpassung und Naturschutz. Der neue Name „Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur und Naturschutz“ bildet diese tatsächliche Breite besser ab. Der Begriff „Naturschutz“ steht dabei ausdrücklich nicht für eine Verengung gegenüber dem bisherigen Umweltbegriff. Vielmehr sollen die bisherigen Zuständigkeiten für Umweltbelange in vollem Umfang erhalten bleiben und die ökologischen Belange im erweiterten Zuschnitt des Ausschusses sichtbar verankert werden. Dazu gehören insbesondere Fragen des Klima-, Umwelt- und Naturschutzes, grünordnerische Belange, Ausgleichsmaßnahmen sowie umweltbezogene Aspekte der Bauleitplanung.

Die Umbenennung soll nicht bei einer bloßen sprachlichen Anpassung stehen bleiben. Sie soll sichtbar machen, dass Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung und der kommunalen Infrastruktur in Wetter als dauerhafte Querschnittsaufgaben verstanden werden. Dazu gehören etwa Standortfragen, Erreichbarkeit, Flächenentwicklung, öffentliche Einrichtungen und die infrastrukturellen Voraussetzungen für Wohnen, Arbeiten und lokale Wertschöpfung. Es geht nicht darum, die Aufgaben von Bürgermeister, Magistrat und Verwaltung zu ersetzen. Vielmehr soll die politische Beratung diese Themen klarer bündeln, sichtbarer begleiten und durch eine passende Ausschussbezeichnung nachvollziehbar abbilden.

Wer in Wetter investieren, erweitern, gründen oder Arbeitsplätze sichern will, soll in der Stadtpolitik offene Ohren finden. Wirtschaftliche Anliegen sollen nicht erst am Rand einer Bauleitplanung oder eines Einzelvorhabens auftauchen, sondern als Teil der Stadtentwicklung von Anfang an mitgedacht werden. Ein Ausschuss, der Wirtschaft ausdrücklich im Namen trägt, setzt dafür ein sichtbares Signal: Wetter will wirtschaftliche Initiative vor Ort ermutigen und die vorhandenen Potenziale besser zur Entfaltung bringen.

Auch der Begriff „Bau“ wird dem tatsächlichen kommunalpolitischen Handlungsbedarf im Bereich Infrastruktur nicht gerecht. In der Beratungspraxis geht es regelmäßig nicht nur um einzelne Baumaßnahmen, sondern um Erhalt, Priorisierung, Finanzierung und strategische Weiterentwicklung kommunaler Infrastruktur. Dazu gehören insbesondere Fragen der Verkehrssicherheit, der Straßenbaulast, der öffentlichen Einrichtungen und der langfristigen kommunalen Handlungsfähigkeit. Der Begriff „Infrastruktur“ trägt diesem inhaltlichen Zuschnitt präziser Rechnung als der bisherige Begriff „Bau“.

Naturschutz bleibt dabei ein eigenständiges und wichtiges kommunales Handlungsfeld. Er soll im vorgeschlagenen Ausschussnamen die ökologischen Belange im erweiterten Zuschnitt des Ausschusses sichtbar und verbindlich verankern. Die bisherigen Beratungen zeigen, dass diese Belange in Wetter ganz unterschiedliche praktische Formen haben: Ausgleichsflächen wie im Bereich der Wetterschen Lache, klimaangepasstes Waldmanagement, grünordnerische Festsetzungen in der Bauleitplanung oder begleitende Maßnahmen bei Freiflächen-PV. Solche Themen brauchen Verlässlichkeit, realistische Zeitachsen und politische Aufmerksamkeit. Sie sollten in Planung und Beratung frühzeitig berücksichtigt und nicht auf einzelne Ausgleichsmaßnahmen verengt werden.

Wirtschaft, Infrastruktur und Naturschutz gehören deshalb in einer gemeinsamen Ausschussperspektive zusammen. Wetter braucht wirtschaftliche Entwicklung, eine leistungsfähige und gut erhaltene Infrastruktur und einen Naturschutz, der konkret, planbar und wirksam vorangebracht wird.

Der Themenbereich Fremdenverkehr sollte künftig ebenfalls dem Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur und Naturschutz zugeordnet werden. Fremdenverkehr und Tourismus haben zwar kulturelle Bezüge. In der kommunalpolitischen Praxis überwiegen jedoch die Bezüge zu Standortattraktivität, Gastronomie, Naherholung, regionaler Wertschöpfung, Infrastruktur und Wirtschaftsförderung. Deshalb passt dieser Themenbereich künftig sachnäher in den neu benannten Ausschuss.

Mit der vorgeschlagenen Neuordnung wird die Ausschussstruktur nicht nur sprachlich angepasst, sondern in ihrer Bezeichnung klarer an den tatsächlichen Beratungsschwerpunkten ausgerichtet. Damit wird sichtbar gemacht, dass Wetter wirtschaftliche Entwicklung, kommunale Infrastruktur und die damit verbundenen ökologischen Belange zusammenhängend und nachvollziehbar beraten will.

Für die Wetter SPD-Fraktion



Andreas W. Ditze